



Aktueller Begriff

Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie vor 150 Jahren

Die Gründung des „**Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV)**“ am 23. Mai 1863 in Leipzig gilt heute als Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie. Zwar hatte es zuvor bereits mehrere vergebliche Anläufe gegeben, eine überregionale politische Interessenvertretung der als „Vierter Stand“ bezeichneten, vielfach in ihrer Existenz bedrohten Unterschichten zu organisieren. Aber erst der ADAV begründete die bis heute fortbestehende organisatorische Kontinuität der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Mit dem ADAV betrat die erste selbstständige Parteiorganisation die politische Bühne, die sich die Vertretung der demokratischen und sozialen Anliegen der zumeist unter unwürdigen Bedingungen lebenden Arbeiterschaft zum Ziel gesetzt hatte.

Die Wurzeln der politischen Arbeiterbewegung reichen bis in die 1820er und 1830er Jahre zurück. Damals hatten sich unter dem Einfluss frühsozialistischer und radikaldemokratischer Theorien deutsche Emigranten und wandernde Handwerker gesellen zu Auslandsvereinen zusammengeschlossen, um eine Verbesserung ihrer bedrückenden Lebensumstände zu erreichen. Später kam es dann auch in Deutschland zur Gründung zahlreicher lokaler und branchenspezifischer Handwerker- und Arbeiter- bzw. Arbeiterbildungsvereine. Die nicht selten unter maßgeblicher Mitwirkung bürgerlicher Demokraten gegründeten Organisationen verbanden zumeist politische und soziale Zielsetzungen mit Bildungs- und kulturellen Angeboten.

Als politischer Akteur trat die Arbeiterbewegung, die angesichts der verspäteten Industrialisierung in Deutschland in ihrer Formierungsphase vor allem von Handwerksmeistern, Gesellen und qualifizierten Facharbeitern getragen wurde, erstmals während der Revolution von 1848/49 in Erscheinung. Während Karl Marx und Friedrich Engels mit dem „Kommunistischen Manifest“ das erste Grundsatzprogramm der Arbeiterbewegung verfassten, rief der im Spätsommer 1848 in Berlin tagende Arbeiterkongress unter Führung des Leipziger Schriftsetzers Stephan Born mit der „**Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung**“ die erste eigenständige überregionale politische Vertretung der Arbeiterbewegung ins Leben. Durch gegenseitige Solidarität und eigenständige Organisation strebte die rasch anwachsende Vereinigung politische und soziale Reformen wie Organisations- und Koalitionsfreiheit, gesetzlichen Arbeiterschutz, Mitbestimmung, Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften und Absicherung im Krankheitsfall an. Mit dem Scheitern der Revolution endeten vorerst auch alle Bemühungen um eine Organisation der Arbeiterschaft. Im Zuge der Restauration der alten Ordnung wurden auch die Vereinigungen der Arbeiter verboten oder lösten sich angesichts der massiven Unterdrückung jeglicher Opposition selbst auf.

Erst nach über zehn Jahren gab es einen neuen Anlauf. Die als „Neue Ära“ bezeichnete innenpolitische Öffnungs- und Liberalisierungsphase Anfang der 1860er Jahre führte auch innerhalb der Arbeiterschaft zu einem weit reichenden Politisierungs- und Mobilisierungsschub. Ausschlaggebend hierfür war, dass die Industrialisierung, die nun im vollen Gange war, die Lebenslage der

arbeitenden Schichten in Industrie und Gewerbe dramatisch verschlechtert hatte. Wohnungsnot, unzumutbare Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne, Frauen- und Kinderarbeit waren nur einige der Verelendungssymptome, mit denen sich große Teile der Bevölkerung am unteren Ende des sozialen Spektrums konfrontiert sahen und die den vielfach erhobenen Ruf nach umfassenden politischen und sozialen Reformen auslösten.

Besonders aktiv war die Arbeiterbewegung im industriell fortgeschrittenen Sachsen, wo nach Aufhebung des Koalitionsverbots nicht selten unter Mitwirkung bürgerlicher Demokraten zahlreiche Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine neu bzw. wiedergegründet worden waren. Um sich aus der Bevormundung der bürgerlichen Demokraten zu befreien und um die Vereinsarbeit auf die genuinen Ziele der Arbeiterschaft auszurichten, gründeten Mitglieder des Leipziger Arbeiterbildungsvereins um den Schuhmacher **Julius Vahlteich** und den Zigarrenarbeiter **Friedrich Wilhelm Fritzsche** ein „Central-Comite zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses“. Dieses wandte sich im Februar 1863 an den aufgrund seiner Schriften zur Arbeiterfrage weithin bekannten Rechtsanwalt und Publizisten **Ferdinand Lassalle** mit der Bitte, einen Programmentwurf für eine unabhängige Arbeiterorganisation zu entwerfen. Sein „Offenes Antwortschreiben“, das neben dem Aufruf zur Gründung einer eigenständigen Arbeiterpartei die Forderungen der frühen Arbeiterbewegung nach sozialen und politischen Reformen auf klassische Weise zusammenfasst, bildete die programmatische Grundlage des vom Allgemeinen Arbeiterkongress am 23. Mai 1863 im Leipziger Pantheon aus der Taufe gehobenen ADAV.

Die zentralen Forderungen der von Lassalle als Gründungspräsident mit weit reichenden Vollmachten geführten Partei fußen auf der von diesem entwickelten Theorie des „**ehernen Lohngesetzes**“. Danach fließen die Gewinne ausschließlich den Unternehmern zu, wohingegen die Lohnhöhe unter Wettbewerbsbedingungen langfristig nicht das Existenzminimum der Arbeiter übersteigt. Hieran können, so Lassalle, auch Streiks und Gewerkschaften nichts ändern. Allein von den Arbeitern selbst geführte, staatlich gestützte Arbeiterproduktionsgenossenschaften waren nach Überzeugung Lassalles in der Lage, dieses „eherne Lohngesetz“ zu durchbrechen. Um die zur Einrichtung solcher staatlichen Genossenschaften nötigen parlamentarischen Mehrheiten zu erlangen, erhob der ADAV die Durchsetzung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu seiner zentralen politischen Forderung. Trotz scharfer Kritik an den bestehenden sozialen Verhältnissen zielte das Programm des ADAV damit nicht auf eine Beseitigung des Nationalstaats als solchen, sondern auf seine grundlegende Veränderung durch umfassende soziale und demokratische Reformen.

Der ADAV, der trotz anfänglich geringer Mitgliederzahlen und interner Konflikte das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft enorm stärkte und ihre Politisierung beförderte, hob sich mit seiner reformorientierten Programmatik von der von **August Bebel** und **Wilhelm Liebknecht** geführten Strömung der Arbeiterbewegung ab, die sich im August 1869 in Eisenach in der „**Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP)**“ organisiert hatte. Diese strebte die Abschaffung der Klassenherrschaft und die Errichtung eines freien Volksstaats durch sozialrevolutionäre Umwälzungen von Staat und Gesellschaft an und setzte auf Gewerkschaften und Arbeitskämpfe, um soziale und wirtschaftliche Verbesserungen zu erreichen. Erst nach längeren Auseinandersetzungen und unter dem Druck wachsender staatlicher Repressionen gegen die „sozialdemokratischen Bestrebungen“ schlossen sich im Mai 1875 ADAV und SDAP auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag zur „**Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)**“ zusammen. 1890 – nach dem Ende der Sozialistengesetze – nannte sich die SAP in **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** um.

Literatur

- Faulenbach, Bernd (2012). Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München.
- Miller, Susanne; Potthoff, Heinrich (2002). Kleine Geschichte der SPD. Bonn.